



Allianz-Zentrale in München: „Ein Aufschrei wäre durchs Land gegangen“

Antwort erwarten. Vielleicht müßten wir uns, wie beim privaten Bankgewerbe, ein Auffangsystem ausdenken, das den kleinen Mann schützt, wenn seine Versicherungsgesellschaft kaputtgeht.

SPIEGEL: Mit diesen Plänen werden Sie weder bei den Versicherungsunternehmen noch beim Aufsichtsamt Begeisterung entfachen. Wie realistisch schätzen Sie die Chancen für solche kühnen Vorschläge ein?

KLAUE: Das kann ich im Augenblick nicht ermaßen. Aber denken Sie einmal an die Widerstände, die bei den Banken gegen die Einlagensicherung bestanden, die dann letztlich doch verwirklicht wurde. Ich habe die Hoffnung, daß wir auch in der Versicherungswirtschaft – zu ihrem eigenen Schutz und zu ihrer marktwirtschaftlichen Legitimation – zu einem neuen System kommen werden.

SPIEGEL: Wollen Sie mehr Wettbewerb ohne das Aufsichtsamt schaffen? Ist das Amt überflüssig?

KLAUE: Sicher nicht. Das Versicherungsamt ist in unser Rechtssystem eingebunden, ist notwendig, jedenfalls so, wie wir Versicherungswirtschaft in unserem Lande betreiben. Aber wenn die Genehmigungspraxis des Aufsichtsamtes dazu führt, daß die Mißbrauchsaufsicht so ausgehöhlt wird, wie dies zur Zeit den Anschein hat, dann werden wir, das Kartellamt, überflüssig.

SPIEGEL: Ist das Aufsichtsamt ursprünglich nicht angetreten, um den Verbraucher zu schützen?

KLAUE: Nein, die vorrangige Aufgabe des Aufsichtsamtes besteht darin, den Bestand der Unternehmen zu sichern. Für den Verbraucherschutz ist vor allem das Kartellamt zuständig. Wettbewerb ist im Interesse des Verbrauchers.

SPIEGEL: Was hätte der Kunde von einem stärkeren Wettbewerb der Versicherer?

KLAUE: Der Kunde käme langfristig in den Genuß einer besseren Versicherungsleistung. Das kann sich in einer

niedrigeren Prämie, aber auch in einem besseren Service, großzügiger Schadensregulierung oder ähnlichem zeigen.

SPIEGEL: In der Tat steigen die Prämien ja immer höher, während die Firmen ohne jedes Risiko immer größere Vermögen anhäufen.

KLAUE: Auf Dauer kann auch ein Versicherungsunternehmen in der Marktwirtschaft nur existieren, wenn es Gewinne macht. Auf der anderen Seite sind Gewinne in der Marktwirtschaft nur dann rechtmäßig, wenn sie im Wettbewerb erzielt worden sind und nicht im Windschatten staatlicher Fürsorge. Sie sind auch nicht gerechtfertigt, wenn sie aus marktbeherrschenden Stellungen oder aus Kartellabsprachen gezogen werden. Und das scheint hier in großem Maße der Fall zu sein. Wir werden bei der Beurteilung der Vermögensanlagen in diesem Wirtschaftsbereich allerdings berücksichtigen müssen, daß der Wettbewerb in den vergangenen Jahrzehnten nicht voll funktioniert hat.

SPIEGEL: Fühlen Sie sich nicht provoziert, wenn der größte deutsche Versicherungskonzern, die Allianz, das Geschäft der Vermögensanlagen einer Holding überläßt, die nun frei über dieses ausgegliederte Kapital verfügen kann?

KLAUE: Dieses Kapital kommt dem Versicherungsnehmer, dem es eigentlich zustände, in der Tat nicht zugute. Aus der Sicht des Unternehmens ist dies natürlich eine ganz richtige und konsequente Entscheidung. Mich hat allerdings etwas gewundert, daß diese Angelegenheit in der deutschen Öffentlichkeit so wenig Widerhall gefunden hat. Wenn ich mir vorstelle, daß zum Beispiel in der Elektrizitätsversorgung die Unternehmen über den Strompreis jahrzehntelang Gewinne angehäuften hätten, um anschließend diese Gewinne in anderen Bereichen zu investieren – ein Aufschrei wäre durch die deutschen Lande gegangen. Das deutsche Versicherungssystem, einschließlich Aufsicht, hat solche Vorgänge legalisiert.

SPIEGEL: Es kann doch nicht im Sinne des Gesetzgebers sein, daß die Überschüsse, die zwangsläufig durch dieses staatlich regulierte System entstehen, von den Versicherern kassiert werden, als sei es ihr Geld?

KLAUE: Mit Sicherheit ist es nicht so gedacht gewesen. Es ist auch ein grober Verstoß gegen die Grundgedanken unserer Marktwirtschaft, wenn das Risiko einseitig einer Seite, nämlich den Kunden, aufgebürdet wird. Wenn sich die deutschen Versicherer Schritt für Schritt in diese Richtung bewegen, verlieren sie immer mehr die Legitimation, privatwirtschaftlich auch über ihren Gewinn verfügen zu können. Wie die Lemminge laufen sie in diese Richtung.

SPIEGEL: Wie wollen Sie die Lemminge stoppen?

KLAUE: Durch mehr Wettbewerb. Sonst wird auf diese Branche die Diskussion zwangsläufig zukommen, wie sie in Zukunft organisiert sein darf: privatwirtschaftlich, gemeinnützig oder gar in irgendeiner Form vergesellschaftet.

POLIZEI

Gefährliche Komplimente

Für den Umgang mit Ausländern sind deutsche Polizisten schlecht gerüstet.

Es war ein Routineeinsatz. Die Polizeibeamten Frank Giesler, 24, und Dieter Rudolf, 22, wurden am Abend des 27. Dezember ins Villingen Hochhausviertel „Rundling“ gerufen, um Streit zwischen einem Postbeamten und dem Arbeitslosen Cevat Karacayli, 34, zu schlichten.

Der Türke weigerte sich, die Rate für einen neugekauften Staubsauger zu be-



Witwe Karacayli, Kinder
Tödlicher Würgegriff



Streitende Türken in Stuttgart, Polizei: Konflikt-Training in Kurz-Kursen

zahlen, die der Mann von der Post nach Dienstschuß in dessen Wohnung kassieren wollte.

Doch die beiden Ordnungshüter konnten die Situation nicht entschärfen – im Gegenteil. Statt den aufgebrachten türkischen Familienvater zu beruhigen, nahmen sie ihn in den Schwitzkasten. Dann forderten sie Verstärkung an.

Als die Kollegen nach einer knappen Viertelstunde eintrafen, war der Fall auf andere Art erledigt: Polizist Frank Giesler hatte den Vater von sechs Kindern unversehens erwürgt.

Der Tod des türkischen Arbeiters hat von neuem eine heikle Schwäche westdeutscher Polizeibeamter bloßgelegt – sie sind im Umgang mit Türken, Jugoslawen oder Italienern schlecht gerüstet, reagieren maßlos, neigen zu Aggressionen und Gewalt. Vorurteile, mangelndes Einfühlungsvermögen und Sprachbarrieren führen zu Konflikten zwischen Ausländern und Polizisten. Selbst bei gewöhnlichen Personen- oder Verkehrskontrollen kommt es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen.

In Mannheim lieferten sich drei Zivilfahnder im April letzten Jahres mit mehreren Türken eine erbitterte Straßenschlacht. Da die Beamten keine Uniform trugen, hielten die Ausländer sie für Rechtsradikale und

zückten das Messer. Daraufhin eröffneten die Polizisten das Feuer. Nach der blutigen Auseinandersetzung rannten die Türken zur Polizei, um die Angriffe anzuzeigen. Obwohl die Mannheimer Staatsanwaltschaft zunächst vorschlug, das Verfahren „wegen Unauflösbarkeit des Tatgeschehens“ einzustellen, sind fünf Türken jetzt doch noch wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt. Die Ermittlungen gegen die Polizisten wurden eingestellt.

Mitte Januar sprach das Landgericht Hannover zwei türkische Antifaschisten frei, die im Mai 1983 mit Polizeibeamten aneinandergeraten waren. Hassan Öner und sein Sohn Orkan hatten mit Lands-



Türkischer Polizist in Hamburg, deutscher Kollege
Beamtenrecht behindert Modellversuch

leuten vor der hannoverschen Stadthalle gegen einen Aufmarsch der rechtsgerichteten türkischen „Grauen Wölfe“ demonstriert. Bei den Auseinandersetzungen, so behaupteten die Polizisten später, hätten Vater und Sohn mit einer Eisenstange und einem Schraubenschlüssel auf Beamte eingeschlagen. Die Beweismittel gegen die Türken, so stellte das Gericht fest, waren von den Polizisten nachträglich manipuliert worden.

In Frankfurt erschossen zwei Polizisten einen italienischen Zimmermann. Der Vorarbeiter auf einer Baustelle hatte die Streife irrtümlich für Einbrecher gehalten und die vermeintlichen Eindringlinge mit einer Axt bedroht.

Gerade Türken, warnen Ausländerexperten, neigen aufgrund ihrer Erziehung und bedrückender Erfahrungen sowohl in der Heimat als auch im Gastland zu Überreaktionen. So vermutet der Villinger Sozialarbeiter Unay Sakaoglu, daß sein Landsmann Karacayli auch deshalb in Rage geriet, weil der Postbeamte bei ihm zu Hause im Freizeitdreß abkassieren wollte. „Uniformen“, bestätigt Helmut Gerbert, Polizeiinspekteur im Stuttgarter Innenministerium, „haben in südlichen Ländern einen viel größeren Stellenwert als bei uns.“

Der Besuch des Postbeamten nach Dienstschuß war für türkische Verhältnisse „sehr ungewöhnlich“, kommentierte eine Zeitung in Ankara den Villinger Todesfall. „Es gibt Quellen von Mißverständnissen“, vermutet auch Albert Sabel, Experte für die Polizisten-Aus- und -Fortbildung in Nordrhein-Westfalen, „von denen beide Seiten nichts wissen.“

Oftmals wurden Ausländer, bevor sie in die Bundesrepublik kamen, von Vertretern der Staatsmacht in ihrer Heimat schikaniert oder gar mißhandelt. Diese Erfahrungen bestimmen ihr Verhalten, wenn sie auf bundesdeutsche Repräsentanten der Obrigkeit treffen.

Andererseits sind vor allem Türken es gewohnt, daß bei Beamten vieles mit Geld zu regeln ist. Ertappte Alkoholsünder sehen oft nicht ein, daß sie ihren Führerschein abgeben müssen, obwohl sie dem Beamten Bakschisch angeboten haben. Häufig streiten Ausländer, so die Erfahrung des Polizei-Ausbilders Sabel, ihr Vergehen ab, auch wenn sie in flagranti ertrappt wurden. Der Grund für das scheinbar widersinnige Verhalten: In manchen Ländern lernen schon kleine Jungen, daß sie Fehler auf keinen Fall zugeben dürfen.

Betrifft ein Polizist die Wohnung eines Türken, muß er, um Konflikte zu vermeiden, besonders einfühlsam vorgehen. „Begrüßt der Beamte zuerst die Frau“, warnt Hans-Joachim Jankus, Ausländerexperte bei der Berliner Polizei, „macht er einen entscheidenden Fehler.“ Belebt er das Gespräch gar mit einem Kompliment an die Dame des Hauses, beleidigt er den Ehemann, anstatt ihm zu schmeicheln.

Gerade Polizisten des mittleren Dienstes, junge Schutzpolizisten, die täglich

Wir halten die Gemeinschaft zusammen. Mit unseren schnellen Verbindungen öffnen wir Ihnen England und schlagen so eine Brücke zu den übrigen Ländern der EG. Und das Wichtigste, wir bringen die Menschen zusammen.

Die Preise für Passagiere und Auto nach England sind so kalkuliert, daß Sie nicht das Gefühl bekommen, Sie hätten eine Kreuzfahrt gebucht. Die Überfahrt reißt jedenfalls kein Loch in die Urlaubskasse.

Die Nachlässe für Wohnwagen und Anhänger machen oft mit 50% Ermäßigung das Angebot noch schmackhafter. Nicht erst zu reden vom 60-Stunden-Tarif (2½ Tage) für die Hälfte des Preises oder für die 5-Tage-Minitour mit bis zu 30%.

Die Vorteile sprechen für Townsend Thoresen, das ist klar. Viel Gegenwert für Ihr Geld, viel Service an Bord, Urlaub von Anfang an.



An Townsend Thoresen Car Ferries, Graf-Adolf-Straße 41,
4000 Düsseldorf 1, Telefon 02 11/38 70 60.

Ja, ich möchte Ihre neue, farbige Broschüre mit Fahrplan
und Preisen.

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Tägliche Fährverbindungen von Zeebrugge nach Felix-
stowe oder Dover, von Calais nach Dover und auch weiter
nach Irland.

SP IV/4

mit Ausländern zu tun haben, erfahren während ihrer zweieinhalbjährigen Ausbildung fast nichts über den Umgang mit der schwierigen Klientel. Die Innenminister der Länder haben das Thema „Ausländer“ bislang nicht in die Ausbildungsrichtlinien für Polizisten aufgenommen. „Unsere Beamten“, nimmt Paul Grimm, Bundesgeschäftsführer der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, seine Kollegen in Schutz, „haben schon genug um die Ohren, da ist für zusätzliche Lehrinhalte kein Platz.“ Außerdem, so der Gewerkschaftsfunktionär, dürfe keine Bevölkerungsgruppe im Stundenplan der Polizeischüler bevorzugt werden.

Nur vereinzelt werden Polizisten in Fortbildungsseminaren auf Konfrontationen mit Ausländern vorbereitet. In Baden-Württemberg können Beamte, auf freiwilliger Basis, in Drei-Tages-Kursen etwas über türkische Kultur und Geschichte erfahren oder auch ein paar Sätze auf türkisch einüben. Polizisten in Nordrhein-Westfalen lernen anhand von Rollenspielen oder durch ein spezielles Anti-Streß-Training (SPIEGEL 47/1983), wie sie aufgeregte Ausländer besänftigen und selber die Ruhe bewahren können.

Doch der Schnellunterricht für Ordnungshüter hat einen entscheidenden Mangel. Die örtlichen Dienststellenleiter schicken zumeist nur jene Kollegen auf Bildungsurlaub, die in Revieren mit hohem Ausländeranteil ihren Dienst absolvieren. Polizisten fernab der großen Städte fehlt dagegen meist die Routine im Umgang etwa mit Türken, Jugoslawen oder Asylbewerbern aus asiatischen Ländern. Der größte Nachteil bei der Verständigung zwischen Ausländern und Polizisten, die mangelhaften Sprachkenntnisse, läßt sich mit Schnellkursen ohnehin nicht beseitigen. „Wir sind schon froh“, gesteht Polizeigewerkschafter Grimm, „daß wir Beamte haben, die Englisch sprechen.“

Auch Hamburgs Polizeisprecher Peter Kelling hält nicht viel von völkerkundlichen Kurzlehrgängen: „Um die türkische Mentalität zu verstehen, braucht man Jahre, aber dafür fehlt die Zeit.“

Die Hamburger Sicherheitsbehörden praktizieren ein anderes Modell. In der Hansestadt sind inzwischen vier türkische Schutzpolizisten im Einsatz. Weil nach dem Beamtenrecht grundsätzlich nur ein Deutscher Beamter werden kann, dienen die Türken als Angestellte. Sie greifen in Problemgebieten wie St. Pauli, Altona, Wilhelmsburg und Billstedt immer dann ein, wenn deutsche Kollegen mit ihren Landsleuten nicht mehr klarkommen.

Für Flächenstaaten wie Hessen oder Baden-Württemberg eignet sich das Hamburger Modell nicht. „Ich kann doch nicht zehn Türken einstellen“, winkt Stuttgarts Polizeinspekteur Gerbert ab, „und die ständig zwischen dem Schwarzwald und der Schwäbischen Alb parat haben.“

TOWNSENDTHORESEN

In Berlin, so scheint es, ist die Polizei bei Streitigkeiten mit Ausländern besser gerüstet. Schon seit 1972 beschäftigen sich dort 28 Beamte einer Ausländer-Arbeitsgruppe mit Bräuchen und Mentalität der Mitbewohner aus Anatolien oder Istanbul. Fast alle sprechen fließend Türkisch und nebenher noch eine weitere Fremdsprache.

Gescheitert ist dagegen der groß angekündigte Versuch, Türken der zweiten Generation als Beamte in den Polizeidienst zu übernehmen. Diesen beruflichen Aufstieg hat nur die frühere Jurastudentin Tülin Ünal, 27, geschafft – allerdings auch nur deshalb, weil die Türkin aus Istanbul 1983 eingebürgert worden war. Sie arbeitet seit Mitte Oktober 1984 als Kriminalkommissarin beim Referat für Verbrechensbekämpfung.

Die meisten ihrer Landsleute haben kein Glück bei der deutschen Polizei. Sie scheitern schon bei der Aufnahmeprüfung, weil ihr Deutsch mangelhaft ist.

ABTREIBUNG

Gewollte Überlegung

Baden-Württemberg will Schwangerschaftsabbrüche aus sozialer Notlage weiter erschweren.

Suse Hönes, Pro-Familia-Vorsitzende in Baden-Württemberg, sieht die Ratsuchenden schon wieder „von Arzt zu Arzt ziehen“. Die SPD-Frauenbeauftragte Liselotte Bühler prophezeit schwangeren Schwämmen einen „bürokratischen Hindernislauf“.

Der Alarmruf der Abtreibungsexpertinnen gilt den Plänen einer Geschlechts-genossin: Die baden-württembergische Sozialministerin Barbara Schäfer will Abtreibungen, die aus sozialer Notlage vorgenommen werden, erschweren.

Zu Jahresbeginn hatte die Christdemokratin, einzige Dame im Kabinett des Ministerpräsidenten Lothar Späth, ihr Landesprogramm „Hilfen für werdende Mütter“ vorgelegt. Getreu dem Programm „Schutz des ungeborenen Lebens“, das Bundesfamilienminister Heiner Geißler verfiert, vertraut auch die Stuttgarter Ressortchefin darauf, daß sich die Gebärfreude mit Appellen und finanziellen Anreizen fördern läßt.

Die Vorschläge ihres Bonner Parteifreundes gefielen der CDU-Politikerin so gut, daß sie einige gleich übernahm. So ermuntert die gläubige Katholikin alle Frauen, selbst bei ungewollter Schwangerschaft das Kind auszutragen. In „Mutter-Kind-Heimen“, schlägt sie vor, könnten „die erforderlichen Vorbereitungen zur Adoptionsvermittlung“ dann „sachgerecht und diskret getroffen werden“.

Auch eine andere Anregung der Bonner Vordenker griff Barbara Schäfer auf. So sollen Ärzte, die bei Beratungsstellen angestellt sind, künftig nicht mehr bescheinigen dürfen, daß die Vorausset-



Ratsuchende, Ärztin bei Pro Familia in Stuttgart: Bürokratischer Hindernislauf?

zung für einen legalen Schwangerschaftsabbruch („Indikation“) vorliegt. Die Trennung von Beratung und Indikation, bislang nur in Bayern zwingend vorgeschrieben, richtet sich vor allem gegen die elf anerkannten Pro-Familia-Dependancen im Lande, die den Frauen mitunter beides unter einem Dach bieten.

Die neue Vorschrift, erklärt Schäfer-Gehilfe Dieter Ellwanger, sei nötig, „um die vom Gesetzgeber gewollten Überlegungspausen nicht zu zerstören“. Die sind freilich seit der Reform des Paragraphen 218 im Jahre 1976 ohnehin vorgeschrieben: Zwischen Beratung und Abbruch müssen mindestens drei Tage verstrichen sein.

Eine räumliche Trennung von Sozialberatung und Indikation: sieht das Gesetz nicht vor. Der beratende Arzt darf nur den Eingriff nicht selbst vornehmen.

Ob die zusätzlichen Hemmnisse Abtreibungswillige von ihrem Entschluß abbringen können, scheint jedoch zweifelhaft. Ohnedies zählt Baden-Württemberg neben Bayern zu den Ländern mit der restriktivsten Abtreibungspolitik (SPIEGEL 4/1985).

So weigert sich die Landesregierung nach wie vor, niedergelassenen Ärzten ambulante Schwangerschaftsabbrüche zu gestatten. Nur eine einzige Praxis in Neckargemünd und einige wenige Krankenhäuser führen in Baden-Württemberg Schwangerschaftsabbrüche durch.

Abgetrieben wird trotzdem. Frauen aus Baden-Württemberg, die eine Notlagenindikation in der Tasche haben, reisen ins Ausland oder suchen jenseits der Landesgrenzen einen Arzt.

Pro-Familia-Beraterin Hönes glaubt denn auch, daß die CDU-Sozialministerin mit ihrer Initiative nicht nur die Abtreibungszahlen senken, sondern vor allem eigenen Parteifreunden gefallen

will. So wird die Absicht der CSU-Landesgruppe in der Bonner Unionsfraktion, vom Bundesverfassungsgericht die Rechtmäßigkeit des Schwangerschaftsabbruchs auf Krankenschein prüfen zu lassen, auch von vielen Unionschristen im Ländle unterstützt.

Erst im vergangenen Frühjahr waren 74, vorwiegend baden-württembergische, CDU-Abgeordnete im Bundestag mit ihrem Plan gescheitert, die Abtreibung auf Krankenschein zu verbieten. Nur mit Mühe konnten Ministerpräsident Späth und seine Sozialministerin verhindern, daß die Landes-CDU den Vorschlag unterstützte und sich gegen das Votum des Bundesparteitages aussprach.

Um Zeit zu gewinnen, richtete Späth erst mal eine Kommission zum „Schutz des Lebens“ beim Parteivorstand ein. Für den Vorsitz konnte er eine prominente Landespolitikerin aufbieten: Sozialministerin Barbara Schäfer.

Gegendarstellung

„Der Spiegel“ hat in seiner Ausgabe Nr. 2/1985 in seinem Artikel: „Grüne: Mythos der Edda“ auf Seite 74 oben behauptet: „Als Zeuge im Verfahren gegen Zabel hatte Pflanz auf die Richterfrage, ob er Mitglied einer Neo-Nazi-Vereinigung sei, die Antwort verweigert; ...“ Diese Behauptung ist falsch. Richtig ist vielmehr, daß ich zu keinem Zeitpunkt von dem Gericht befragt wurde, ob ich Mitglied einer Neo-Nazi-Vereinigung bin. In der Verhandlung wurde ich lediglich von dem Verteidiger befragt, ob ich der als rechtsextrem eingestuften Wiking-Jugend angehöre. Hierauf habe ich der Wahrheit entsprechend mit „Nein“ geantwortet.

Michael Pflanz